

Herr Oberbürgermeister, Frau Erste Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

dieses Jahr habe ich mich geplagt, einen Einstieg in die Haushaltsrede zu finden. Da haben auch die Anfeuerungsrufe meiner Familie nichts geholfen, die mir glaubhaft versichern wollte, dass ich doch nur mal den ersten Satz schreiben müsse, dann würde die Sache schon flutschen.

Mir wurde dann klar, dass ich mich so quäle, weil wir haushaltstechnisch schizophren unterwegs sind. Schizophren kommt aus dem Griechischen und heißt eigentlich „abspalten“. Der Haushaltsplanentwurf 2013/2014 sieht auf den ersten Blick gut aus. Wir erwirtschaften im Verwaltungshaushalt Zuführungen für den Vermögenshaushalt, die über der gesetzlichen Mindestzuführungsrate liegen. Wir halten also die gemeindliche Schuldenbremse ein.

Abgespalten ist dabei aber die Tatsache, dass wir NACH der heutigen Sitzung Entscheidungen treffen, die die Haushaltssituation über Jahre hinaus massiv beeinflussen. Die heutigen Statements haben also unter Umständen eine Verfalldauer eben mal von 4 Tagen. Im heute vorliegenden Entwurf sind die am 16. zu diskutierenden Entscheidungen nur als Planungsraten enthalten und kommen deshalb in ihren finanziellen Auswirkungen für die beiden Jahre harmlos daher. Virulent werden sie erst, wenn wir auf die Gesamtausgaben und die Finanzplanung schauen. Aber DAS genau ist, was wir tun müssen, wenn wir über die BUGA entscheiden.

Deshalb könnte für diese Haushaltsrede das Zitat gelten, das je nachdem, wo man nachschaut Laotse, Heraklit oder auch mal Friedrich Engels zugeschrieben wird: „Nichts ist beständiger als der Wandel“ oder einfach gut Schwäbisch formuliert: „Nix gwieß weiß mer ned“ Jedenfalls nicht heute.

Wir Grünen haben deshalb die Haushaltsansätze für BUGA und Neckarbogen gestrichen, von denen wir heute schon sicher sagen können, dass wir sie für verzichtbar halte, zum Beispiel die Verlegung der Kranenstraße. Andere haben wir noch belassen, weil wir zunächst die Diskussion, auch mit den sachkundigen Planern, abwarten wollen. Zur Disposition stehen bei uns weitere Module, um Buga und Neckarbogen nicht dadurch zu gefährden, dass sie in ihren finanziellen Dimensionen die Leistungsfähigkeit unserer Stadt sprengen. Dies ist seit Jahren unsere Position und am nächsten Freitag werden wir genau hier sitzen und die Eckdaten beraten. Wir Grünen erwarten eine Diskussion mit offenem Ausgang. Das heißt, wir fordern die Protagonisten des sogenannten Bürgerbündnisses auf, ihr geschnürtes Gesamtpaket zu öffnen für eine breite Diskussion zu diesen finanziell und städtebaulich derart weit reichenden Vorhaben.

Erfreut sind wir über die Zusage der grün/roten Landesregierung, diese Heilbronner Großprojekte mit mindestens 41 Mio € zu unterstützen. Das ist ein deutliches Bekenntnis zu Heilbronn! In Zeiten, in denen der Landeshaushalt strenger Ausgabendisziplin unterliegt ist ein Sonderfördertopf alles andere als selbstverständlich. 21 Mio € werden Heilbronn zur freien Verwendung für die BUGA überlassen. Das ist ein großer Vertrauensbeweis und ein starkes Zeichen aus Stuttgart für unsere Stadt und die Region.

Bereits 2007 wurde unter der alten CDU Landesregierung im § 18 der LHO eine Schuldenbremse für den Landeshaushalt festgelegt. Wir Grünen finden das gut und richtig. Deshalb können wir gerade ihre Statements, Herr Kollege Throm zum angeblich unzureichenden Förderbetrag überhaupt nicht nachvollziehen. Und ihre Einlassung, 20 Mio wären uns sowieso zugestanden, ist ebenso unwahr wie dreist. Auch diese Töpfe für den Städtebau sind nicht unendlich befüllt. Da herrscht eine Konkurrenz aller Kommunen im Land. Auch hier wird die Stadt Heilbronn bis 2019 bevorzugt behandelt. Also, seien Sie zufrieden und kommen Sie weg von Ihrer unkonstruktiven Nörgelei. Auf der einen Seite angeblich zu niedrige Zuschüsse anprangern und auf der anderen Seite der grün/roten Landesregierung ihren Sparwillen absprechen. Das passt nicht zusammen. Sie müssen sich entscheiden.

Zurück zu den Haushaltsberatungen: Wir erwarten dafür das gleiche wie für die Beratungen zur BUGA. Haushaltsberatungen light mit einem quasi vorgegebenen Ergebnis durch eine Vorfestlegung der Mehrheitsfraktionen sind bei der Weichenstellung für die nächsten Jahrzehnte das allerschlechtesten Signal für die Heilbronner Bürgerinnen und Bürger. Diese Weichen müssen nach ausführlichen und - ganz wichtig - ergebnisoffenen Diskussionen gestellt werden, sonst sind sie weiten Teilen der Bevölkerung kaum vermittelbar.

Und dies können wir uns überhaupt nicht leisten. Die nächsten Jahre wird unsere Stadt in erheblichem Umfang im wahrsten Sinne des Wortes umgegraben. Da wird der Bevölkerung, natürlich mit einem großen Ziel, einiges zugemutet. Daneben werden wir bei allen sonstigen Investitionen und Ausgaben noch sehr viel genauer auf jeden Euro schauen müssen. Unsere Aufgabe ist es also, gemeinsam in einem ganz breiten Konsens von Gemeinderat und Bevölkerung unter Abwägung ALLER eingebrachten Aspekte einen Haushalt zusammen zu zimmern, der ein großes Invest möglich macht, die Stadtgesellschaft in ihrem Zusammenleben nicht lahm legt und die Verschuldung in einem Rahmen hält, der zukünftigen Generationen nicht jeglichen Handlungsspielraum beschneidet.

Besondere Sorge bereitet dabei der Verwaltungshaushalt. Dieser wird wie in jedem Jahr dominiert von den Personalausgaben. Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst fiel deutlich höher aus als erwartet. Wir Grünen sehen, dass dies für die vielen engagierten Beschäftigten bei der Stadt Heilbronn eine überfällige Lohnsteigerung war. Schon heute sind wir als Gremium konfrontiert mit Stellen, die nicht besetzt werden können, weil z.B. Ingenieurinnen sich lukrative Jobs inzwischen aussuchen können. Das schmerzt uns besonders bei den beiden Stellen für die

Radverkehrsplanung, für die wir letztes Jahr hart gekämpft haben. Wir hoffen auf eine baldige Erfolgsmeldung aus dem Personalamt. Um die Erfolgsaussichten bei der Personalgewinnung zu steigern fordern wir die Verwaltung auf, die sogenannten weichen Faktoren wie Jobticket usw. darzustellen, durch die die Stadt als Arbeitgeberin attraktiver werden kann.

Nur wenn ausreichend qualifiziertes Personal an Bord ist, können die vielfältigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger gut erfüllt werden. Das muss Ziel der Stadt sein und das ist es auch. Das dürfen die Heilbronnerinnen und Heilbronner als Steuerzahler erwarten.

Die Verwaltung hat aus Ausgabenzuwächsen fast 50 neue Stellen in den Haushalt aufgenommen. Darunter beinahe 12 Stellen allein für die Kitas, deren forcierten Ausbau wir Grünen auch weiterhin mittragen.

Im Zusammenhang mit Bauarbeiten rund um BUGA und Neckarbogen entstehen etliche Stellen für Ingenieurinnen und Ingenieure. Was uns Grünen aber fehlt, ist eine Gesamtschau des Personals, das in allen Bereichen für Neckarbogen und Buga benötigt wird. Wir erwarten im Rahmen der anstehenden Diskussionen Zahlen, Daten, Fakten.

Über die von der Verwaltung beantragten Stellen hinaus beantragen wir Grünen eine halbe Stelle für die Durchführung der Baumschutzverordnung, deren Wiedereinführung wir fordern. Diese Stelle wird finanziert durch Einnahmen aus den Ausgleichszahlungen. Damit geben wir dem Grünflächenamt ein Instrument in die Hand, wertige Nachpflanzungen vorzunehmen.

Eine weitere halbe Stelle beantragen wir ab 2014 für die Durchführung der noch weiter zu entwickelnden Ergebnisse aus den Werkstattgesprächen zur Bürgerbeteiligung. Wir sind gespannt auf die von Herrn BM Mergel in Aussicht gestellte Drucksache. Die von uns beantragte Anlauf- und Koordinationsstelle ist unumgänglich, um Bürgerbeteiligung auch von Verwaltungsseite aus ernsthaft zu betreiben. Und eines ist sicher: wenn eine Stadt dies nicht ernst nimmt, kostet das unter Umständen ein Vielfaches der für diese Stelle einzusetzenden Summe. In Entscheidungen nicht einbezogene Bürgerinnen und Bürger können völlig zu Recht einen ganz großen Aufstand machen, S 21 lässt grüßen. Und: die Menschen werden sich dieses Recht verstärkt nehmen. Wir Grünen sehen dies als Chance, die Kreativität und Sachkunde der Heilbronnerinnen und Heilbronner verstärkt in unsere gemeinderätlichen Entscheidungen einzubeziehen.

Stärken wollen wir Grünen den Verwaltungshaushalt durch die Erhöhung der Grundsteuerhebesätze bei Grundsteuer A und B um jeweils 20 Punkte. Die oben beschriebenen Aufgabenzuwächse resultieren aus erweiterten Leistungen, die die Stadt erbringt. Im Moment z.B. gerade aus den enormen Anstrengungen beim Ausbau der Kinderbetreuung. Dies will finanziert sein. Wir halten eine solche Erhöhung, die erste seit 2004 für vertretbar.

Was den Umgang mit dem Verwaltungshaushalt weiter schwierig macht ist, dass in ihm mit den Einnahmen aus Gewerbesteuer und Einkommenssteuer Faktoren zu Buche schlagen, die wir vor Ort nur in begrenztem Umfang beeinflussen können.

Hier sind wir extrem abhängig von der konjunkturellen Entwicklung. Und die wiederum ist abhängig von Verwicklungen in der globalisierten Weltwirtschaft, von denen wir vor wenigen Jahren noch nicht einmal gehört hatten. Zum Beispiel die unsäglichen Leerverkäufe und ähnliche Erfindungen einer außer Kontrolle geratenen Finanzbranche. Aber diese Zockereien sind in der Welt und führen, wie es uns scheint, weitgehend eine Eigenleben. Dessen Folgen sind wir als Kommune hilflos ausgeliefert. Deshalb müssen wir bei diesen Posten allzu häufig das Wort „hoffen“ verwenden. Wir hoffen also, die formulierten Einnahmeerwartungen erfüllen sich. Wir hoffen dies für unseren Stadthaushalt, aber zuallererst auch für die Bürgerinnen und Bürger, die diese Einnahmen erwirtschaften. Wir danken hier allen Gewerbetreibenden, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Bürgerinnen und Bürgern für ihre Leistungen für das Gemeinwohl. Wir Grünen sichern Ihnen zu, dass mit unseren Anträgen die Themen Bildung Kultur und Sport, moderne Stadtgesellschaft, neue urbane Mobilität in ökologischer Verantwortung, gesundes Klima in der Stadt, Stärkung des Wirtschaftsstandorts und funktionierendes soziales Netzwerk im Fokus stehen.

Nun zu einigen unserer Finanzanträge. Ja, wir stellen sie noch, Bürgerbündnis hin, Bürgerbündnis her, sauber finanziert durch Deckungsmittel. Denn: wir können nicht wegen Buga und Neckarbogen die sonstigen Entwicklungen für das Zusammenleben in der Stadt und in den Stadtteilen gänzlich zum Erliegen kommen lassen.

Zudem ist nichts, aber auch gar nichts gespart, wenn man zwingende Investitionen so lange verschiebt, bis das Ganze um ein Vielfaches teurer wird, weil man nicht mehr renovieren kann, sondern sanieren muss. Unterlassene Unterhaltungsaufwendungen sind versteckte Schulden. Jeder, der ein Häusle hat, weiß, was ich meine. Darüber hinaus gibt es so genannte wer „A sagt, muss auch B sagen Fälle“.

Darunter fällt für uns Grünen das Theater. Vor kurzem erst haben wir uns mit einer neuen Budgetvereinbarung als Gremium zu unserem Theater bekannt. Nun müssen wir renovieren, was für die Schauspielerinnen und Schauspieler, diejenigen also, die Theater erst möglich machen, ganz und gar nicht zumutbar ist: die Probebühnen und den Fundus. Wie es da aussieht, das geht gar nicht. Unser Theater funktioniert nach dem Motto: außen hui, innen pfui. Das Foyer renoviert, die Mitarbeitenden im Stich gelassen. Deshalb haben wir die für eine Herstellung würdiger Arbeitsbedingungen nötigen Mittel im Haushalt eingestellt. Was am städtischen Standort Alte Kelter möglich ist, müssen Planerinnen und Planer zusammen mit der Theaterleitung herausfinden. Sonst müssen Alternativplanungen her. Bei weiteren Renovierungen der Besucherbereiche sind wir schmerzfrei: klaglos gehen wir weiterhin auf die vorhandenen Toiletten. Die sind nicht schlimm und dort halten wir uns maximal 5

Minuten auf und raus. Gemütlich verweilen werden wir im gelungenen neuen Foyer. Anderes, was nicht die Substanz gefährdet, kann warten.

Nicht warten kann unserer Ansicht nach der Umbau des katholischen Kindergartens St. Michael in Neckargartach. Hier nimmt die Katholische Kirche zur Renovierung ihres Gemeindehauses Geld in die Hand und in diesem Zuge kann der dringend nötige Ausbau des Kindergartens und der Kita sinnvoll mit erfolgen. Die Landeszuschüsse sind zugesagt, die Sache ist baureif und entspricht unserem Ziel in Sachen Ausbau von Betreuungsplätzen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Heilbronn ist auf einem guten Weg für seine Familien. Wir gehen ihn konsequent weiter.

Lange diskutiert haben wir fraktionsintern über den Lesesaal für die Bibliothek. Der Bedarf an Ruhe und Muße vieler Bibliotheksbesucher ist bekannt. Aber die Bibliothek ist für viele Heilbronner Schülerinnen und Schüler, seit neuestem auch für Studierende zu einem äußerst beliebten Lernort geworden. Gerade in Gruppen bereiten sie dort Referate vor. Manche GFS wäre der Welt ohne die hilfreichen Mitarbeiterinnen der Bibliothek vorenthalten geblieben. Sie wissen sicher, was GFS heißt in Elternkreisen: ganze Familie schafft. Und weil dies so ist, haben auch hier wieder die Schülerinnen und Schüler einen gravierenden Nachteil, die nicht in einem gebildeten Elternhaus aufwachsen. Darauf reagiert die Bibliothek vorbildlich. Um die verschiedenen Interessen auszugleichen halten wir den Lesesaal für zwingend. Allerdings nicht für die horrenden Summe, die vom Hochbauamt errechnet wurde. Da kann man mit Kreativität vieles erreichen, deshalb haben wir „nur“ 200.000 € eingestellt.

Auch zum großen Thema Bildung gehört für uns Grüne die Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, sich körperlich in der frischen Luft zu betätigen. Körperliche Gewandtheit fördert das Selbstbewusstsein und auch die Verdrahtung der Synapsen im Gehirn. Und diese Gewandtheit erlangt Kind nicht vor dem Fernseher, auch nicht mit einer playstation wi. Deshalb haben wir Mittel eingestellt für die Renovierung und Sanierung der in die Jahre gekommenen Spielplätze und Grünanlagen. Die Prioritätenliste zur Abarbeitung des Sanierungsstaus wurde letztes Jahr vom Gemeinderat beschlossen. Wers Nachlesen will: DS 309 aus 2011. Wir nehmen etwas Tempo raus, aber vom Grundsatz weichen wir nicht ab, zumal völlig vergammelte Spielplätze irgendwann nicht mehr zu reparieren sind, sondern nur noch unter Substanzverfall abgehakt werden müssen.

Jedes Jahr an dieser Stelle diskutieren wir den Etat der Volkshochschule. Ihr Barzuschuss ging seit 2007 bis heute bereits um mehr als 15 % zurück. Weitere Kürzungen bedeuten Personalabbau und deutlich schrumpfendes Angebot. Darin sehen wir eine massive Schiefelage der Heilbronner Bildungsarchitektur. Im demographischen Wandel und unter dem Aspekt lebenslangen Lernens ist die Beschneidung der Ansätze völlig unverständlich. Die Volkshochschule hat in den 70 er Jahren den Betreuungsauftrag für die Erwachsenenbildung von der Stadt übernommen und erfüllt diese Pflichtaufgabe vorbildlich. 60 % der Kosten werden

über Gebühren finanziert. Daneben gibt es Landeszuschüsse. Die VHS bewegt sich mitnichten nicht nur in der Komfortzone unserer Gesellschaft. Integrationskurse oder Möglichkeiten einen Schulabschluss nachzuholen sind dafür Beispiele. Die sogenannten Orchideenkurse, an denen sich die Gegner einer sauberen Finanzierung so gerne abarbeiten, tragen sich komplett selbst. Jetzt also an diesem Ansatz wieder rumzumachen, geht für uns Grüne gar nicht. Zumal die Kostensteigerungen auch aus unabwendbaren Tarifsteigerungen stammen. Wir haben folgerichtig die Volkshochschule ordentlich durchfinanziert.

Die bereits erwähnten Tarifsteigerungen waren letztes Jahr für uns Anlass, mittels eines Prüfauftrags dafür eine Lösung zu finden. Viele Einrichtungen erfüllen im Rahmen der Subsidiarität Aufgaben für die Stadt und sind ebenso wie diese an den TVÖD gebunden. Wir hätten es sehr begrüßt, wenn da eine Form der automatischen Übernahme erfolgen würde. Leider ist dem nicht so, so dass wir auch in diesem Jahr die Erhöhungen aus Tarifsteigerungen einzeln beantragen müssen. Wir tun dies für den Stadt- und Kreisjugendring, die Diakonie und die diakonische Jugendhilfe. Ebenso für die Aidshilfe Unterland, die seit vielen Jahren mit bescheidensten finanziellen Mitteln einen hervorragenden Einsatz für Menschen in einer äußerst schwierigen Lebenssituation leistet.

Der Antrag des Tageselternvereins auf 4000 € hat wieder keine Aufnahme in den Haushalt gefunden, was uns sehr verwundert. Alle strecken sich nach dem 35 %Ziel bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren und wissen, dass es nur mit Einsatz von Tageseltern geht. Einen verdienten, erfahrenen, offiziell ausgezeichneten Träger dabei auszuschließen halten wir für keineswegs zielführend. Wir beantragen diese Mittel.

An der möglichen Ausgestaltung eines Beirates für Menschen mit Behinderung, den wir im Sinne der Inklusion nach der nächsten Kommunalwahl für unverzichtbar halten, arbeiten wir im Moment in Abstimmung mit Selbsthilfeorganisationen. Damit werden wir im nächsten Jahr auf sie zukommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nun zu den Infrastrukturmaßnahmen. Der Ausbau der Saarlandstraße ist in der Prioritätenliste des Landes im Moment nicht enthalten. Wir Grünen lehnen dieses Projekt schon lange deshalb ab, weil es die Verkehrsprobleme nicht löst, sondern lediglich für viel Geld und Landschaftsverbrauch verlagert. Aber nicht Verlagerung von motorisiertem Individualverkehr auf neue Straßen, die nach kürzester Zeit wieder verstopft sind, ist Ausdruck moderner, urbaner Mobilität. Straßen erzeugen nunmal Verkehr und ziehen Verkehr an.

Der Umstieg auf andere Verkehrsmittel wie den öffentlichen Nahverkehr, das Fahrrad oder pedelec, die Verlagerung von Transporten auf Schiene und Wasser, moderne Lenkungskonzepte für den Durchgangsverkehr, Entschleunigung vorhandener Wegeverbindungen sind Bausteine einer modernen Definition von „Freie Fahrt für freie Bürger“. In den 50er Jahren, als sich Heilbronn mit Ansage zur autofreundlichen Stadt wieder aufbaute, war dies noch anders. Deshalb verdammen wir auch diese

Entwicklung nicht. „Es wäre nur Besorgnis erregend, wenn die Stadt Heilbronn im 21. Jahrhundert noch das Thema autofreundliche Stadt pflegen würde“. So hat es ein Podiumsteilnehmer des äußerst interessanten Vortrags zum Architektenjubiläum in der Harmonie treffend beschrieben.

Freie Fahrt für freie Bürger heißt in Zeiten zur Neige gehender fossiler Ressourcen, gesprengter Feinstaubtabellen und lärmgeplagter Straßenanrainer: Freie Bürger können ihre Verkehrsmittel frei wählen, weil sie Alternativen zur Verfügung haben. Sie sind frei, das Auto stehen zu lassen und ihre urbanen Wege anders zurückzulegen. Dem Auto, was des Autos ist, Alternativen da, wo sie vorhanden und eventuell sogar bequemer, schneller, handlicher, gesünder sind. Gott sei Dank ist die Gattung Mensch imstande, ihr Tun kritisch zu hinterfragen und umzudenken. Diese Zeit scheint uns gekommen.

Mit dem Verweis auf die Saarlandstraße hat man die letzten Jahrzehnte die westlichen Stadtteile bezüglich der Emissionsentlastung vernachlässigt. Deshalb setzen wir dafür im Doppelhaushalt 2 Mio € an für Lärmschutz, Verkehrslenkung, Entschleunigung und Verstetigung durch Kreisverkehre und andere emissionsmindernde Maßnahmen. Wir gehen davon aus, dass wir in diesem Gremium eine große Mehrheit dafür finden, denn bis vor kurzem war der Gemeinderat mehrheitlich bereit, wie uns mehrfach öffentlichkeitswirksam versichert wurde, für die Saarlandstraße mehr als 20 Mio aus städtischen Mitteln zu setzen.

Nicht den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und Wahrheit entspricht der Umgang mit unseren Stadtwerken. Wir überantworten ihnen defizitäre Geschäftsbereiche, die sie in die Schuldenfalle treiben. Die jährlichen Mahnungen des Rechnungsprüfungsamtes veranlassen uns, die Stadtwerke im Doppelhaushalt um 4 Mio € zu entlasten. Auch die Schulden unserer Töchter sind letztlich unsere Schulden, sie verschwinden nicht einfach, wenn wir sie nicht beachten. Sie können unsere zukünftigen Haushalte in erheblichem Umfang gefährden. Dieser Tatsache müssen wir uns jetzt stellen.

Weitere Anträge und auch zielführende Prüfanträge, zum Beispiel zum Thema sozialer Wohnungsbau, Bezirksbeiräte und Klimaschutz entnehmen Sie unseren Listen.

Nun zu unseren Finanzierungsvorschlägen:

Zum einen schlagen wir Ihnen maßvolle Steuererhöhungen vor.

Daneben streichen wir einige Erschließungsstraßen für neue Wohngebiete, auf die wir im Angesicht des demographischen Wandels, der Entwicklung des Südbahnhofs und des Neckarbogens dringend verzichten sollten. Berichte langsam verweisender Baugebiete in Stadtteilen und von Leerständen in Wilhelminischen Vorstädten sollten uns warnen.

Wir haben die finanzielle Entwicklung in 2012 genau studiert. So schweben die Einnahmen aus dem Verkauf des Grundstücks an Audi im finanzpolitischen Nirvana. Dieses Geld ist 2011 nicht haushaltswirksam und 2012 nicht im Plan. Zusammen mit den bis dato aufgelaufenen erheblichen Mehreinnahmen aus sonstigen Grundstücksverkäufen belaufen sich die zu erwartenden Mehreinnahmen auf mindestens 18 Mio €. Der Kauf des Wasser und Schifffahrtsamts für 4 Mio € ist überflüssig, weil das Gremium unserer Idee gefolgt ist, die bereits bestehende Fügenstraße zu ertüchtigen. Im laufenden Haushaltsjahr wurden im Rahmen der Gesamtdeckung mehrfach überplanmäßige Ausgaben mit diesem Geld. Dennoch: wir nehmen uns das Recht als Gemeinderäte einen Teil dieses Geldes für notwendige Projekt einzuplanen. Darüber hinaus bleibt noch ein guter Teil übrig für die anstehenden Großprojekte.

Für das Bürgerhaus haben wir lediglich eine Planungsrate von 20.000 € im Haushalt belassen. Die Sanierung des Bürgerhauses ist uns ein sehr wichtiges Anliegen. Wir müssen aber einsehen, dass im Moment keine adäquate Verpachtungsmöglichkeit im Raum steht. Jetzt mit einer Renovierung zu beginnen, ohne zu wissen für welchen Zweck, wäre nicht klug. Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, intensiv nach einem geeigneten Pächter zu suchen, mit dem eine Sanierung abgesprochen werden kann. Auch in der Hoffnung einer Eigenbeteiligung. Sobald konkrete Ergebnisse vorliegen werden wir einer außerplanmäßigen Finanzierung jeder Zeit zustimmen.

Durchgerechnet in die Finanzplanung sehen wir aus bereits jetzt von uns für verzichtbar oder verschiebbar erachteten Investitionen für Buga und Neckarbogen Sparpotential in Höhe von mehreren 10 Mio €.

Nun noch kurz ein schwieriges Kapitel bei der Wertung dieses Haushaltsplanentwurfs. Die Finanzplanung muss zwingend angepasst werden. Sonst können wir ihr nicht zustimmen. Wir müssen ihr entnehmen können, wie sich die Stadt realistisch fortentwickelt. Alle „nice to have-Posten“, müssen gemäß neuer Beschlusslage gestrichen werden. Im Grunde dasselbe gilt für die Schuldenaufstellung. Auch da brauchen wir eine neue Berechnung bis zur Haushaltsverabschiedung. Wir beantragen sie hiermit. Darüber hinaus beantragen wir noch eine Wertung des dann errechneten Schuldenstandes im Vergleich mit anderen Städten. Wie viele Steuereinnahmen haben diese Städte zur Tilgung ihrer Lasten im Gegensatz zu uns, wie viele Schulden können wir uns höchstens erlauben, ohne die Mindestzuführung zu gefährden? Diese ist für uns nicht diskutierbar, denn dann wäre die Stadt handlungsunfähig. Von der Kämmerei wurde uns ein solcher Schuldenvergleich per 2011 zur Verfügung gestellt. Dort ist Heilbronn beim Ranking auf einem sehr guten Platz, aber das ist nur eine Momentaufnahme ohne Würdigung des Gesamtsettings. Und die brauchen wir, um sicher zu gehen, dass wir die Stadt nicht ins finanzielle Chaos schicken und nachfolgenden Generationen jeglichen Gestaltungsspielraum nehmen.

Bevor ich nun zu den Schlussbemerkungen komme, möchte ich mich im Namen der Grünen bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei um Frau 1.BM

Heidler und Frau Wechs herzlich bedanken, die uns bei allen Fragen rund um den Haushalt stets hilfreich unterstützt haben. Ebenso bedanken möchten wir uns aber auch bei den Mitarbeitenden der einzelnen Fachämter für Unterstützung bei Fragen aller Art.

Wir Grünen sind froh, dass diese Woche Entscheidungen gefallen sind, die uns zeigen, wo es lang gehen kann bei unseren Großprojekten. Buga und Neckarbogen sind möglich ! Eine letzte große Wunde des Krieges würde geheilt. Zur Buga werden wir tausende von Gästen haben, Heilbronn wird sich als offene, gastfreundliche Stadt präsentieren, der Neckarbogen wird in ökologischer Verantwortung ein nachhaltiger Wohlfühlort für kommende Generationen werden. Wir werden einen Identitätsgewinn erleben, der uns als weicher Standortfaktor auf Dauer auch ökonomisch nützen wird.

Durch die Knappheit der Mittel ist aber unsere Kreativität gefragt ! Gutes muss nicht immer teuer sein. Wir müssen die finanziellen Grenzen als Chance begreifen. Wenn wir dies tun, können wir es gemeinsam schaffen. Packen wirs an !

Es gilt das gesprochene Wort

Susanne Bay

